

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Br. Braunstr. 17
Telefon: 6802. Erscheint täglich von 11 - 12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Nea-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S. Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag: G. Ebeling, Halle a. S., Markt 21
Telefon: 5407. Postfachkonto Verlags Nr. 57573

Nr. 57 Halle, Mittwoch, den 9. März 1921 5. Jahrgang

Der Einmarsch in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. März. (W.B.) In einer Besprechung in der Fakultätenkommission nahmen, wie die Blätter melden, ein französischer General teil. Der französische General erklärte, daß die Alliierten die Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrstroms nicht als militärische Aktion betrachteten, sondern als Aktion der Gerechtigkeit. Heute nachmittag wird der Belagerungszustand verhängt werden. Weiter wurde mitgeteilt, daß Düsseldorf von Engländern, Belgiern, vorzugsweise aber Franzosen besetzt werde. Der General erklärte, daß bei angemessenen Verhältnissen der Bevölkerung bald Friedensverhandlungen eintreten könnten. Auf Anfrage des Regierungspräsidenten wurde erklärt, daß wegen der fläclichen Beschaffenheit noch eine nähere Verfügung ergehen werde. Vorläufig hiesige bezüglich der Polizei alles beim alten. Der Einmarsch der Besatzungstruppen hat sich ohne jede Störung vollzogen. Die Bevölkerung verhält sich müßig. Der Hauptbahnhof wurde in den Morgenstunden von einer kleinen Abteilung besetzt, bald darauf aber wieder verlassen. Bis in die ersten Nachmittagsstunden hatte der Eisenbahnverkehr keinerlei Behinderungen erfahren. Auch der Telegraphen- und Telefonverkehr bleibt, abgesehen von Verzögerungen im Verkehr mit linksrheinischen Gebieten ungestört. Die Regierungsgebäude und das Rathenrieder wird von belgischen Abteilungen besetzt. Nach einer behördenmäßigen Anordnung müssen am heutigen Einmarschtag die Besatzungstruppen die Theater, Kinos, Konzertsäle usw. geschlossen bleiben.

Der Belagerungszustand wird verhängt.

Düsseldorf, 8. März. (W.B.) Das Oberkommando der alliierten Besatzungstruppen hat eine Proklamtion erlassen, die u. a. bestimmt: Der Belagerungszustand wird verhängt. Die Ordnung darf unter keinen Umständen gestört werden. Die deutschen Behörden und die öffentlichen Dienststellen werden unter der Kontrolle der Besatzungsmächte ihren Dienst weiter versehen. Die Beamten bleiben an ihren Posten. Kein Streik wird gebudet. Jede Person muß ihre Identität nachweisen können. Jeder Aufenthalt, sowie jede Ausdehnung auf der Straße sind untersagt. Private und öffentliche Versammlungen dürfen nur mit Genehmigung des von dem Oberbefehlshaber ernannten Ortskommandanten stattfinden. Der Verkehr innerhalb der neu besetzten Zone ist bei Tageslicht, in der Nacht wird er durch den Ortskommandanten im Einverständnis mit dem Ortskommandanten geregelt, daß die Arbeit unter keinen Umständen fortgesetzt werden, wenn vorzukommende Zwischenfälle viele Maßnahmen als unbedingt nötig erscheinen lassen. Die Ein- und Ausreise in die und aus der besetzten Zone ist bis auf weiteres untersagt, ausgenommen für die Arbeiter, welche auf ihrem Wege zur Arbeit die Grenze täglich überqueren müssen. Beim Einbau von Arbeitern ist der Personenverkehr vollständig untersagt. Arbeiterzüge und internationale Züge sind ausgenommen. Der Güterverkehr wird durch die Verordnung der Verkehrs- und Verpflichtungs-Generaldirektion der Armee geregelt. Der Arbeiterverkehr über die Grenzlinie des besetzten Gebietes wird durch die Ortskommandanten im Einverständnis mit dem Ortskommandanten geregelt, daß die Arbeit unter keinen Umständen fortgesetzt werden. Sitzungen, Flugblätter, Flugblätter, Anschlagzettel usw. überhaupt sämtliche für das Publikum bestimmte Schriftstücke dürfen allein mit vorheriger Genehmigung des Ortskommandanten verteilt oder angeschlagen werden. Post-, Telefon- und Telegraphenverkehr erfordern keine Unterscheidung, jedoch sind sie einer Kontrolle unterworfen. Weiter bestimmt die Verordnung, daß sämtliche Waffen und Munition innerhalb von 12 Stunden abgeliefert werden müssen. Die Zahl der Polizeibeamten wird in jeder Ortskommandant mit dem Ortskommandanten im Einverständnis mit dem Ortskommandanten des Oberbefehlshabers festgesetzt. Polizeibeamte werden als Waffe nur einen Säbel und einen Revolver pro Mann behalten. Jede grobe Zuwiderhandlung gegen Strafrechte oder gegen diese Verordnung wird strenggerichtlich verfolgt. Weitere Vergehen unterliegen Gefängnis- oder Gerichtstrafen.

Die Partei und der Einmarsch der Entente.

Der Bezirksvorstand für die obere Rheinprovinz erließ schon am Montag, veranlaßt durch den drohenden Einmarsch von Ententetruppen bei Abbruch der Verhandlungen in London, folgenden Aufruf an das arbeitende Volk, der auch in anderen Bezirken Richtschnur des Auftretens der Sozialdemokratischen Partei sein wird:

Das Rheinland in Not!
In die Parteigenossen des Bezirkes obere Rheinprovinz!

Parteigenossen! Eine schwere Zeit bricht abermals über das besetzte Rheingebiet herein. Der französische Diktator der früheren Jahre Deutschlands ist für das deutsche Volk

unenträglich, der Versuch seiner Durchführung würde vor allem über die Arbeiterklasse neue unglückliche Not bringen. Wird keine Lösung gefunden, erwirbt es sich als unmöglich, die Alliierten auf einen für Deutschland gangbaren Mittelweg zu bringen, so drohen der rheinischen Bevölkerung drückende Zwangsmaßnahmen. Die geplante Errichtung einer Zollmauer an der östlichen Grenze des besetzten Gebietes würde uns von der östlichen Deutschland wirtschaftlich abschneiden und gleichbedeutend sein mit der Zerstörung von Industrie und Gewerbe im besetzten Gebiet. Die Opfer würden namentlich die rheinischen Arbeiter sein.

Angesichts dieser uns drohenden Gefahren sprechen wir zu euch! Eure Partei, so versichern wir, wird ihre ganze Kraft aufbieten, um der rheinischen Arbeiterbevölkerung in ihrer Not beizuhelfen. Sie ist bemüht, mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, damit erfolgreiche Abhilfemaßnahmen getroffen werden.

Eines aber wollen wir im Angesicht der neuen Schicksalsprüfung festlich bekunden: unser Deutschtum, unsere Treue zur demokratischen deutschen Republik! In ihr wollen wir weiter leben und weiter wirken bis zur Erreichung unserer höchsten Ideale. Niemand soll es wagen, uns in dieser Treue wankend zu machen, keine Verführung soll an die Stärke eines Charakters und unserer Überzeugung heranreizen.

Darin, Parteifreunde, werden wir einig sein und darin gemeinsam allen Stürmen zu trotzen, allen Verleumdungen zu widerstehen wissen. Eins aber ist Voraussetzung: keine Unübersichtlichkeit, sondern ruhiges selbstloses Handeln dann, wenn euch die Partei ruft. Hört nicht auf die nationalkatholischen oder kommunistischen Praefektoren. Auch in dieser Situation heißt jetzt zur Partei!

Die Raben verlassen das Feld.

London, 8. März. Die Konferenz wird heute keine Sitzung abhalten. Morgen wird sie zusammenzutreten, um den griechischen Kriegsminister Gunaris anzuhören, der für Mittwoch hier erwartet wird. Gunaris ist auf Anregung seiner Regierung, nicht auf Einladung der Alliierten hin nach London gekommen.

London, 8. März. Doumer verließ heute morgen London mit allen seinen Mitarbeitern. Charles Laurent wird morgen seinen Berliner Botschaftsposten wieder antreten. Die belgische Abordnung wird heute Abend aus London abreisen. Die französische Abordnung wird Donnerstag oder spätestens Freitag nach Paris zurückkehren.

Die Unruhen in Italien.

Rom, 8. März. In Florenz und Umgebung ist der Sonntag ruhig verlaufen. „Tommo“ meißelt aus Gips und Montersello, daß der Faschismus eine große vaterländische Rundung angenommen hat, die am Vormittag ohne Zwischenfall verlief, am Nachmittag aber wurde der Zug in der Nachbarschaft der Arbeiterhäuser beschossen. Die Faschisten erwiderten das Feuer und griffen ein Haus an, in dem sich Kommunisten befand, die sich nach einigem Widerstand ergaben. Die Polizei verhaftete 200 Personen. Bei den Unruhen wurden vier Personen getötet und 12 verwundet.

Streikabbruch in Stettin.

Stettin, 7. März. Als die hiesigen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gestern zur Abstimmung über den Generalstreik versammelt waren, drangen die Leitenden ein: gleichzeitig im Garten des Zofal s abgehaltenen, vom kommunistischen Seite einberufenen Versammlung in den Saal ein. Es entstand eine allgemeine Schlägeri. Nachdem die Sicherheitspolizei die Ordnung wiederhergestellt hatte, konnte die Abstimmung durchgeführt werden. Sie ergab eine überwiegende Mehrheit für den Abbruch des Generalstreiks.

Die Frage der preussischen Regierungsbildung.

Berlin, 9. März. (Privattelegr. „Frankf. Ztg.“) Der interfraktionelle Ausschuss der bisherigen Koalitionsparteien des preussischen Landtags, der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums, hielt gestern eine erste Besprechung über die Frage der Regierungsbildung in Preußen ab. Die Aussprache war uneinig, da die Fraktion in noch nicht zum Ausdruck gekommen ist. Es wird auf Grund dieser Aussprache in den Fraktionen und Reichsvereinigungen, von denen die Demokraten und Sozialdemokraten heute die Zentrumsabgeordneten morgen nachmittag folgen. Morgen ab ab dürfen dann die entscheidenden Interventionen von den Beratungen stattfinden. Gegenstand der Erörterung ist naturgemäß in erster Linie die Frage, ob zur Regierungsbildung in Preußen die Deutsche Volkspartei herangezogen werden soll oder nicht.

Neuer Krieg.

Der tatsächlich vollzogene Einmarsch französischer und belgischer Truppen in die zum unbesetzten deutschen Gebiet gehörigen Rheinlande bedeutet unüberdachtlich nichts anderes, als den Bruch des Friedensvertrages und damit neuen Krieg. Der Vertrag von Versailles ist zwar auch noch Zwangsmaßnahmen, die gegen Deutschland angewandt werden könnten. Die Leistung der rheinischen Kohlenländer ist jedoch nicht vorgelesen, auch die Errichtung einer Zollmauer auf dem rechten Rheinufer widerspricht dem klaren Wortlaut des Vertrages, der den Frieden bringen sollte. Aber auch die im Vertrag dokumentierte Aussicht genommen, von Deutschland unter dem Zwange untergeordneten Zwangsmaßnahmen konnten keineswegs in diesem Augenblick zur Anwendung gelangen, wenn sie sich auf einen Schein des Rechts stützen wollten. Denn auch hier könnten sie eintreten, nachdem die Entente feststellen in der Lage wäre, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nicht erfüllen wolle. Davon kann aber jetzt um so weniger die Rede sein, als die Fische dieser Verpflichtungen bis jetzt weder festgelegt, noch anerkannt worden ist. Gerade der Abbruch der Londoner Verhandlungen ist ein Beweis dafür, daß hinsichtlich der Höhe der Wiedergutmachungssumme der Friedensvertrag noch nicht einmal vollständig geworden war. Diese Summe festzustellen ist nach dem Friedensvertrag die jenen Wiedergutmachungskommissionen berufen. Sie soll bis spätestens am 1. Mai 1921 an Deutschland die Höhe der Summe mitteilen, die Deutschland bezahlen soll. Die Schwierigkeit über diese Sache auch nur unter der Alliierten Einmütigkeit herbeizuführen, haben die Konferenzen von Spa, Brüssel und London hinsichtlich demselben Plan herbeiführt, mit Deutschland auf einer Vereinbarung zu kommen in der launförmlichen Annahme; einer Schuldner leichter zur Zahlung zu bewegen ist, wenn er sich freiwillig dazu bereit erklärt, als wenn man ihm den Gerichtsvollzieher schicken muß und damit seine Existenz ruiniert. Nachdem die Vereinbarung aber an der unerfüllbaren Forderung der Alliierten gescheitert ist, muß Marshall noch den Gerichtsvollzieher spielen und seine Truppen nach Deutschland dirigieren.

Nach ist weder der 1. Mai da, noch hat auch nicht die Reparationskommission die Höhe der Wiedergutmachungssumme - mangels einer Vereinbarung - diktiert festgelegt, noch kann also deshalb nicht davon die Rede sein, daß Deutschland die ihm unbekannte Verpflichtung nicht erfüllt habe. Trotzdem legt man die sogenannten Sanktionen in Kraft, die im Friedensvertrage nicht vorgelesen sind, bricht wieder alles Völkerrecht in Deutschland ein und legt damit stillschweigend den Friedensvertrag außer Kraft. Es ist auch in den Ländern der Entente nicht an verständigen Menschen, die einsehen, zu welchen Konsequenzen die neue Politik der starken Front führen wird. Der liberale „Manchester Guardian“ z. B. hat nach am Tage vor dem Abbruch der Londoner Verhandlungen ganz klar und eindeutig auf die Folgen der Gewalttätigkeiten hingewiesen, indem er darauf aufmerksam machte, daß der Einmarsch in das deutsche Gebiet in der Tat neuen Krieg mit einem Lande bedeuten würde, mit dem man doch Frieden geschlossen habe. Für den Kriegsraum ist bekanntlich eine formelle Kriegserklärung nicht notwendig. Schon die Tatsache des gewaltsamen Angriffs auf fremdes Gebiet bedeutet den Krieg. Das ist auch jetzt der Fall, selbst wenn nicht alle Konsequenzen aus d. r. Tatsache gezogen werden sollten. Deutschland ist durch fünfjährigen Krieg und den ihm folgenden Friedensvertrag für einen gewalttätigen Widerstand unglücklich gemacht worden. Es kann deshalb nicht daran denken, wie das vor 1914 als etwas ganz selbstverständliches galt, zu den Waffen zu greifen und die Friedensbrecher aus dem Lande zu jagen. Es kann aber mit allem Ernst und aller Ausdauer betonen, daß es diesen Einmarsch in sein Gebiet als einen Bruch des Friedens, als eine Vergeßlichkeit an sich, die nicht ohne wirtschaftliche und politische Folgen bleiben kann. Es ist klar, daß durch die Besetzung seine Wiedergutmachungsfragen aufgebracht werden können. Die zerstörten Gebiete Nordrheins werden keine Häuser und keine neuen Familien dadurch bekommen, daß französische und belgische Soldaten in Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf deutsche Familien aus ihren Wohnungen verdrängen. Die französischen Kohlenarbeiter werden durch diese Besetzung keine neue Arbeitseloge erhalten, trotzdem der Kohlenhandel in diesen Städten lebendiger überlebt werden soll. Italien und die übrigen alliierten Länder werden noch weniger einen Vorteil davon haben als Frankreich.

So bedeutet der neue Krieg, den die Entente begonnen und der nur einseitig geführt wird, keinerlei Annäherung an das Ziel der Londoner Verhandlungen und des Pariser Diktats. Wenn Deutschland darmit, werden von anderen Ländern nicht reich. Es ist aber jetzt wohl möglich, daß die Siegergeißel der Frau, Briand, Loucheur und Cie. sehr bald einer anderen Stimmung weichen werden, wenn sie dem schleichenden Protest der deutschen Bevölkerung begegnen. Militärisch wehrlos ist Deutschland doch nicht restlos geworden. So ernst die Lage auch ist - die deutschen Botschafter in London und Paris sind einflussreich

